

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 6038/39
Telex: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen MdB wirft dem Forschungsminister planerisches Durcheinander bei seinen Weltraumaktivitäten vor.

Seite 1

Horst Peter MdB erinnert an die Eingliederung des Saarlandes 1957 bis 1959 und warnt vor dem Glauben an einen schnellen Anschluß der DDR.

Seite 4

Mechthild Rothe MdEP hält Christdemokraten und Liberalen leichtfertigen Umgang mit Wachstumshormonen vor.

Seite 6

45. Jahrgang / 51

14. März 1990

Deutsche Raumfahrtagentur - ein Papiertiger?

Riesenhubers Planungen sind ein Schuß ins Blaue

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Die bundesdeutsche Raumfahrtpolitik unter der Verantwortung des Bundesforschungsministers Heinz Riesenhuber hat sich in den letzten Jahren zu einem Ärgernis entwickelt.

Die Bundesrepublik Deutschland gab 1987 ihre Zustimmung zum ESA-Langzeitprogramm mit den Großprojekten der bemannten Raumfahrt COLUMBUS, HERMES und der Rakete ARIANE V, ohne daß der Sinn des ganzen und die finanziellen Auswirkungen für den Bundeshaushalt solide geprüft worden wären. Die SPD hat schon 1987 Minister Riesenhuber aufgefordert, die Zustimmung zu den Großprojekten COLUMBUS und HERMES zu versagen, weil diese Großprojekte forschungspolitisch, technologiepolitisch und industriepolitisch nicht zu rechtfertigen sind und nicht tragbare Kostenbelastungen auf den Forschungshaushalt zukommen werden. Die Kritik der SPD an diesen Großprojekten findet mittlerweile auch in Teilen der Koalitionsfraktionen Unterstützung, leider mit dreijähriger Verspätung. Mittlerweile tut sich bis zum Jahre 2000 ein Loch von gut acht Milliarden DM im Haus-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

GreenStar-Gesamt
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



halt des BMFT auf, ohne daß der Gesamtumfang und die Gesamtkosten des bundesdeutschen Weltraumprogramms für die nächsten Jahre bekannt wären. Bis heute liegt das bundesdeutsche Weltraumprogramm für die 90er Jahre nicht vor. Sinnvolle Projekte zur Erderkundung, zur Klimabeobachtung wie der von der Klima-Enquete-Kommission vorgeschlagene bundesdeutsche Satellit zur Klimaforschung sind bisher in die Haushaltsplanungen erst gar nicht aufgenommen worden. Der Moloch bemannte Raumfahrt droht auch neue, interessantere Ansätze in der Weltraumforschung unmöglich zu machen. Minister Riessenhuber hält unbeirrbar daran fest, ein Haus im Weltraum zu errichten, dessen Mieter und Nutzer unbekannt sind und dessen Mietkosten noch ermittelt werden müssen. Die immer wieder beschworene Mikrogravitationsforschung unter Schwerelosigkeit ist in ihrer Bedeutung maßlos überschätzt worden. Diese Einschätzung findet beispielsweise in der britischen Wissenschaft breite Unterstützung.

Nach den Entscheidungen über das ESA-Langzeitprogramm hat die Bundesregierung in einem mühseligen, konzeptionslosen Gewürge versucht, der bundesdeutschen Weltraumpolitik durch Gründung einer Deutschen Raumfahrtagentur DARA eine neue organisatorische und konzeptionelle Schlagkraft zu verleihen. Obwohl der Vorstand der DARA unter Leitung des Generaldirektors Professor Wild bereits im Amt ist, obwohl von den geplanten 330 Mitarbeitern bereits über 30 arbeiten, ist die rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der DARA immer noch nicht geschaffen.

Das Raumfahrtaufgabenübertragungsgesetz (ROAG) ist immer noch in der parlamentarischen Beratung. Klar ist schon, daß das Ziel, in der bundesdeutschen Raumfahrtagentur die strategische Planung und das Projektmanagement für die im Weltraum engagierten Ministerien der Bundesregierung zu konzentrieren, durch fehlende Bereitschaft insbesondere des Postministeriums nicht zu erreichen sein wird. Offensichtlich ist aber das Raumfahrtaufgabenübertragungsgesetz auch rechtlich schlampig konzipiert. Der mitberatende Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages hat einstimmig (!) zu dem Gesetzesvorhaben festgestellt: „Der Rechtsausschuß erhebt einstimmig rechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung, weil eine gebotene Aufsicht über die DARA nicht sichergestellt ist.“ Dies würde die Unterstellung

der DARA unter die Fachaufsicht des Bundesforschungsministeriums, konkret unter die Abteilung Raumfahrt dieses Hauses bedeuten.

Dabei sollte die DARA nach erklärtem Interesse von Minister Riesenhuber und den Forschungspolitikern der Koalition doch weitgehend selbständig und ohne Detailvorgaben aus dem Bundesforschungsministerium die bundesdeutsche Weltraumpolitik managen und konzipieren und die bundesdeutschen Interessen auch in den internationalen Gremien vertreten. Wenn dieses Ziel so nicht erreichbar ist, stellt sich natürlich die Frage, ob der aufwendige und prestigeträchtige Aufbau einer deutschen Raumfahrtagentur - ohne vorher Klarheit über seine Rechtsgrundlagen zu haben! - nicht zumindestens teilweise seinen Sinn verloren hat. Denn wenn die DARA im Sinne des Rechtsausschusses der Fachaufsicht des BMFT unterstellt wird, hat sie keine wirklich andere, eigenständigere Stellung als beispielsweise wie die Großforschungseinrichtung für Luft- und Raumfahrt DLR in Köln-Porz. Hätte man dann nicht das ganze Prestigeobjekt „Raumfahrtagentur“ niedriger hängen müssen und die Aufgaben der Raumfahrtplanung und des Projektmanagements wie bisher der DLR überlassen können und im Verbund der Struktur der DLR eine Raumfahrtagentur herausbilden können?

Angesichts der umfangreichen Raumfahrtaktivitäten der Bundesrepublik halte ich es nach wie vor für richtig, dem Beispiel aller wichtigen im Weltraum aktiven Industrienationen zu folgen und eine Raumfahrtagentur zu etablieren. Die Planungen des Forschungsministeriums sind aber offensichtlich ein Schuß ins Blaue, die DARA droht zum Papiertiger zu verkommen. Generaldirektor Wild ist um seine Aufgabe angesichts der völlig ungeklärten rechtlichen, politischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Arbeit der DARA weiß Gott nicht zu beneiden.

(-/14.3.1990/hgs/ks)

* * *

Der Kanzler auf dem Holzweg

Das Beispiel der Saar-Eingliederung sollte im deutsch-deutschen Prozeß genutzt werden
Von Horst Peter MdB (Kassel)

Einen Holzweg zur deutschen Einheit weist der Bundeskanzler mit dem Weg über Artikel 23. Dieser Weg bietet keine Garantie für den von ihm und anderen vorgegaukelten schnellen und problemlosen Anschluß der bisher nicht existenten Länder der DDR an die Bundesrepublik. Die Ansicht der Bundesregierung, dies sei der Königsweg zur deutschen Einheit, wird nur bis zur DDR-Wahl am 18. März gehalten werden.

Die Achtung der Würde und des Selbstbestimmungsrechtes dieses Volkes, das in einer in der deutschen Geschichte beispiellosen Weise die politischen Verhältnisse seines Landes geändert hat, gebietet, mit klaren Fakten, Zeithorizonten und Zahlen zu argumentieren, und nicht Illusionen zu erzeugen. Weder hier noch dort.

Seit der Eingliederung des Saarlandes ist bekannt, wie der Weg nach Artikel 23 GG gestaltet werden muß. Es bedarf daher keiner mühsamen und windigen Exegese. Nach dem Modell der Eingliederung des Saarlandes in den Jahren 1956 bis 1959 läßt sich die Eingliederung nicht schnell, nicht ohne hohen finanziellen Einsatz, und nicht ohne intensive Verhandlungen mit den anderen beteiligten Staaten vollziehen.

In Ihren Antworten auf meine Fragen im Bundestag hat die Bundesregierung die Eingliederung als behutsame Entwicklung dargestellt.

Das Saarland hatte sich seit 1947 wirtschaftlich und sozialpolitisch den französischen Verhältnissen angepaßt. Die - wie in Frankreich üblich - stark staatlich reglementierte Wirtschaft hatte intensive Beziehungen zum französischen Wirtschaftsraum.

In einer Übergangszeit zwischen 1957 und 1959 blieb das Saarland Teil des französischen Wirtschafts- und Währungsraums, während gleichzeitig die Eingliederung in die Bundesrepublik vorbereitet wurde.

Erst am 6. Juli 1959 traten „nach sorgfältiger Vorbereitung“ - so die Bundesregierung - im Saarland die Bundesgesetze in Kraft, wurde der Franc durch die D-Mark ersetzt und die Zollgrenzen verlegt.

Für eine Übergangszeit wurde das saarländische Wirtschafts- und Sozialgefüge mit hoher Intensität von der Bundesrepublik gestützt. Zum Subventionskatalog zählten der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, ein ERP-Sonderprogramm Saar mit 360 Millionen DM, Zoll - Steuer und Handelssubventionen, Bundeszuschüsse zum Landeshaushalt, Sonderabschreibungen.

Die finanziellen Leistungen des Bundes beliefen sich zwischen 1956 und 1981 auf rund 2,9 Milliarden DM. Davon waren 1,9 Milliarden DM Zuschüsse, rund eine Milliarde DM Kredite. Zum Haushaltsausgleich rund 1,3 Milliarden DM eingesetzt. Die sonstigen Leistungen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Eingliederung betragen insgesamt 973,2 Millionen DM. Dazu zählen Investitionskredite, Überleitungs-Famillenzulagen, Ausgaben für Ersparnis-Garantien (!). Die Währungsumstellung 100 FF=0,8507 DM erforderte zusätzliche Leistungen in Höhe von 259,4 Millionen DM an die Bundesbank und 319,3 Millionen DM an Frankreich.

Zum Vergleich: der Bundeshaushalt betrug 1967 31,8 Milliarden DM, 1982 50 Milliarden DM! Wer Inflationsausgleich und die Größenordnungen - Saarland x 16 = DDR - einberechnet, kann das ungefähre Finanzvolumen, das heute benötigt wird für den Prozeß des Zusammenfügens von DDR und Bundesrepublik, darstellen. Die Eingliederung des Saarlandes wurde unter intensiver Kooperation mit Frankreich und dem Saarland vollzogen. Dem Wirtschafts- und Sozialausschuß Saar der Bundesregierung gehörten die saarländischen Ressorts an, zur Erarbeitung der Regelungen für die Eingliederung wurde zwischen der Bundesrepublik und Frankreich der „bewährte Weg gemeinsamer Ausschüsse der beteiligten Partner gewählt, um eine optimale Abstimmung der wechselseitigen Interessen sicherzustellen“. So wurden unter anderem eine Gemischte Regierungskommission für die Regelung der Fragen, die sich nach der wirtschaftlichen Eingliederung ergaben, eingesetzt, ebenso ein Paritätischer Währungsausschuß zur Regelung und Überwachung des Währungsumtauschs. Dagegen scheint die Bundesregierung heute die „Wiedervereinigung“ im Alleingang ohne Rücksichtnahme auf die Vier Mächte, auf die DDR und andere Staaten mit berechtigten Interessen an der deutschen Entwicklung wie Polen durchziehen zu wollen.

Auch wenn die juristischen und politischen Probleme, die verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Probleme, des Weges nach Artikel 23 GG einmal außer Acht gelassen werden, so sind doch eine solche Fülle von Konsultationen, Absprachen, Regelungen und Hilfen notwendig, so daß der Sofort-Anschluß nach 23 GG, dieser einzigartige Wahlkampf-schlager der seltsamen Koalition aus CDU-West, CDU-DDR, Schnurs Demokratischen Aufbruch und Ebelings DSU nach der Wahl am 18. März wohl aus dem Angebot herausgenommen werden muß. Die demokratischen Parteien in der DDR sind gut beraten, wenn sie die Modalitäten und Mechanismen der Eingliederung des Saarlandes eingehend untersuchen. Die Erfahrungen der Eingliederung des Saarlandes können für den deutsch-deutschen Prozeß genutzt werden.

(-/14.3.1990/hgs/ks)

* * *

Ein klares Nein zur BST-Kuh

Christdemokraten und Liberale wollen Menschen als Versuchskaninchen

Von Mechthild Rothe MdEP

Am Donnerstag dieser Woche wird sich das Europäische Parlament mit einem Vorschlag der EG-Kommission zum Rinderwachstumshormon, dem bovinen Somatotropin (BST), beschäftigen. Dieses BST bewirkt bei Kühen eine Steigerung der Milchleistung von circa 12 Prozent bis 20 Prozent. Die Kommission schlägt nun vor, den Einsatz dieses gentechnologisch erzeugten Leistungssteigerers zunächst bis zum Ende dieses Jahres - vor der dann anstehenden generellen Entscheidung - in den Mitgliedsländern zu verbieten. Die Zwischenzeit soll für intensive Forschungen, Tests, Studien genutzt werden.

Die Haltung der Christdemokraten und Liberalen zu dieser wichtigen Frage ist unverantwortlich: Im Gegensatz zur EG-Kommission fordert die Sozialistische Fraktion wie der Berichterstatter, der belgische Sozialist Jose Haapart, daß auch die sozio-strukturellen Auswirkungen des BST-Einsatzes zu untersuchen seien. Eine Koalition von Christdemokraten, Liberalen und Konservativen hat diese Forderung im Landwirtschaftsausschuß zu Fall gebracht. Dieses Abstimmungsverhalten ist unverständlich und unverantwortlich, denn die berechnete Annahme steht im Raum, daß der Einsatz des BST den Strukturwandel zu immer größeren Einheiten begünstigen wird. Die BST-behandelte Kuh benötigt nicht nur mehr, sondern genau abgestimmte Kraftfuttergaben. Ohne Computersteuerung ist das schwer zu machen. Aber das Reden über den notwendigen Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft und gleichzeitiges gegensätzliches Handeln, ist ja kein neues Phänomen. Zum Weiteren geht es darum, was mit der Milch und dem Fleisch der BST-Testkühe geschieht. Der Berichterstatter hat sich mit der Unterstützung der Sozialdemokraten entschieden gegen die Möglichkeit gewandt, daß diese Erzeugnisse in den menschlichen Verkehr gelangen könnten. Jedoch - die eben beschriebene Koalition hat keine Bedenken, Menschen zu Versuchskaninchen zu machen.

Es ist nicht nur unverantwortlich sondern auch skandalös, daß der notwendige Schutz des Verbrauchers aus dem Berichtsentwurf gestimmt ist. Am 15. März wird es sich zeigen, ob Christdemokraten und Liberale im Europäischen Parlament bei ihrer bauern- und verbraucherfeindlichen Position bleiben. In diesem Fall muß man mit großer Sorge auf die im nächsten Jahr fällige generelle Entscheidung blicken. Die Lobbytätigkeit der Pharmaunternehmen, kaschiert im Verband für Tiergesundheit, läuft auf Hochtouren. Durch die BST-Zulassung erhofft man sich in den Unternehmen, den Einstieg in den großen gewinnträchtigen Bereich der gentechnologisch zu erzeugenden Wachstums- und Leistungssteigerer zu erreichen. Wir Sozialdemokraten stellen diesen Bestrebungen ein klares „Nein“ entgegen.

(-/14.3.1990/hgs/ks)

* * *